

Niederschrift SchBA/X/06

Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses der Gemeinde Rosendahl am 16.11.2023 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend sind:

Der Ausschussvorsitzende

Deitert, Frederik Ausschussvorsitzender

Der Bürgermeister

Gottheil, Christoph Bürgermeister

Die Ausschussmitglieder

Fehmer, Alexandra 2. stellvertretender Vorsit-
zende

Fischedick, Jens 1. stellvertretender Vorsit-
zender

Fleige-Völker, Josefa

Gehling, Doris

Konert, Tobias

Kreutzfeldt, Brigitte

Lembeck, Guido

Strahl, Gerd

Wigger, Bernhard

sachkundiger Bürger

Als Vertreter von Herr Ger-
wing

Die beratenden Mitglieder gem. § 85 Abs. 2 Schulgesetz

Riemer, Esther Evangelische Kirchengemeinde
Coesfeld

Von der Verwaltung

Roters, Dorothea Allgemeine Vertreterin /
Fachbereichsleiterin

Schöberle, Diana Schriftführerin

Es fehlen entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Gerwing, Thorsten sachkundiger Bürger

Hambrügge, Carmen

Die beratenden Mitglieder gem. § 85 Abs. 2 Schulgesetz

Kasche, Knut	Schulleiter	Paulus-van-Husen-Schule
Lanca, Claudia	Rektorin	der Nikolaus-Grundschule Holtwick
Middelberg, Thomas	Rektor	der Sebastian-Grundschule Osterwick
Holtmann, Dirk	Pfarrer	
Ring, Thomas	Pfarrer	

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:03 Uhr

Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Deitert begrüßt die Ausschussmitglieder, die anwesenden Mitarbeiter*innen der Verwaltung, Herrn Eggemann von der Allgemeinen Zeitung sowie die anwesenden Einwohner*innen.

Ausschussvorsitzender Deitert stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 07. November 2023 form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

**1 Bestellung einer weiteren Schriftführerin für den Schul- und Bildungsausschuss der Gemeinde Rosendahl
Vorlage: X/335**

Ausschussvorsitzender Deitert verweist auf die Sitzungsvorlage X/335 und erläutert diese.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Frau Diana Schöberle wird zur weiteren Schriftführerin für die Sitzungen des Schul- und Bildungsausschusses der Gemeinde Rosendahl bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)

Es werden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

3 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO (1. Teil)

3.1 Anmeldezahlen der Schulen und Kindergärten - Herr Lembeck

Ausschussmitglied Lembeck erkundigt sich, ob es schon aktuelle Zahlen zu den Anmeldungen der Kindergärten und der Schulen gebe.

Bürgermeister Gottheil antwortet, dass es zu den Kindergartenanmeldezahlen noch keine Angaben gebe, da das Verfahren noch laufe. Die Leitungen der Kindertagesstätten würden erfahrungsgemäß nach Anmeldeschluss im Dezember 2023 miteinander ins Gespräch kommen, um die Anmeldungen und Platzverfügbarkeiten für

das am 01. August 2024 beginnende Kindergarten-Jahr 2024/2025 untereinander abzustimmen. Im Januar werde das zweite Trägergespräch stattfinden und voraussichtlich am 22. Januar 2024 würden die Zahlen vorliegen.

Zu den Schulen habe die Verwaltung erste Zwischenstände nach den Anmeldeverfahren erhalten. Für die Grundschule Osterwick liege noch keine endgültige Zahl vor. Für die Grundschule Darfeld seien es aktuell 36 bis 37 Anmeldungen und in Holtwick laut heutigem Stand 39 Anmeldungen.

4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Es besteht keine Berichtsbedarf.

5 Vorstellung der Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der Gemeinde Rosendahl durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW Vorlage: X/366/1

Ausschussvorsitzender Deitert verweist auf die Sitzungsvorlage X/361/1 und erläutert diese.

Bürgermeister Gottheil erläutert die seitens der Verwaltung abgegebenen Stellungnahmen zum Themenkomplex „IT in den Schulen“.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Der Bericht über die überörtliche Prüfung der Gemeinde Rosendahl durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (gpaNRW) wird zur Kenntnis genommen.

Die in Anlage II gemachten Ausführungen werden als Stellungnahme des Bürgermeisters gemäß § 105 Abs. 7 GO NRW beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Stellungnahme an die gpaNRW sowie die Aufsichtsbehörde zu senden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6 Sachstandsbericht zu einem Ausbau der Offenen Ganztagschule und möglicher Förderung

Ausschussvorsitzender Deitert erteilt Bürgermeister Gottheil das Wort.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass man im Vorfeld der Sitzung alle drei Standorte der Offenen Ganztagschule besichtigt habe.

In Darfeld und Holtwick habe die Lösung des Platzproblems des gemeinsamen Mittagessens eine hohe Priorität.

Man habe außerdem die Thematik in den Fokus genommen, wieviel Personal benötigt werde, wenn OGS-Schüler*innen am Nachmittag über viele Räume betreut werden müssten.

In Osterwick gebe es das Essensproblem nicht. Dort könnten die Schüler*innen die Mensa in Absprache mit dem Stundenplan der Paulus van Husen-Schule nutzen. Allerdings seien in Osterwick die Räume der OGS auf drei Etagen verteilt.

Produktverantwortlicher Schulz gibt Erläuterungen zur Grundschule in Holtwick. Es sei hierfür noch kein detaillierter Plan entwickelt worden, um die OGS zu erweitern. Dies werde davon abhängen, ob und in welchem Rahmen man die Klassenräume nach dem eigentlichen Unterricht nachmittags für die OGS nutzen könne. Ein Teil davon werde jetzt schon belegt. Das hauptsächliche Problem sei der Speiseraum. Etwas anzubauen sei schwierig, da Abstände eingehalten werden müssten und dies auch aus Brandschutzgründen nur sehr schwer darstellbar sei.

Ausschussmitglied Fishedick erkundigt sich, ob die Mitbenutzung der Klassenräume möglich sei.

Bürgermeister Gottheil antwortet, dass seitens des Landes keine verbindlichen Richtlinien zu erwarten seien. In Holtwick werde in drei Etappen gegessen (etwa 70 Kinder), in Darfeld in zwei Etappen (etwa 50 Kinder). Es sei in vielerlei Hinsicht von Vorteil, wenn das Essen erdgeschossig ausgegeben werde. Er könne sich vorstellen, zur Thematik Essensraum einen Planer zu beauftragen, der sich die Räumlichkeiten anschau. Ein neuer Raum sollte nicht nur für das Mittagessen genutzt werden. Eventuell könne man eine mobile Trennwand einziehen.

Im Hinblick auf die Zukunft der Holtwicker Sporthalle sei die ursprüngliche Vorstellung eine Kombination aus Sporthalle und OGS gewesen. Damit habe man bei der Antragstellung auf Fördermittel im vergangenen Jahr leider keinen Erfolg gehabt. Dieses Jahr habe sich die Verwaltung auf den Weg gemacht, eine reine Sporthalle zur Förderung zu beantragen, was aber nicht ausschließe, in der Folge nachträglich Räumlichkeiten für eine OGS daran anzuschließen.

Ausschussmitglied Gehling erkundigt sich, wie die Klassenraumsituation prinzipiell an allen drei Standorten sei und ob vielleicht auch die Möglichkeit für Kombiräume bestehe.

Ausschussmitglied Lembeck ist der Meinung, dass es aus energetischer Sicht mehr Sinn ergebe, den eingeschossigen Trakt aufzustocken.

Ausschussvorsitzender Deitert hat die Idee, in Holtwick einen Essensraum (Mensa) nachträglich mit der Turnhalle zu kombinieren. Die Mensa könne dann aber nur für schulische Zwecke genutzt werden und nicht für andere Veranstaltungen in der Sporthalle.

Bürgermeister Gottheil antwortet, dass es bei einer Mensa die Besonderheit gebe, dass nicht jeder eine Küche betreten dürfe, in der am nächsten Tag Essen zubereitet werde. Es müsse im Genehmigungsverfahren im Detail geprüft werden, was erlaubt sei und was nicht.

Produktverantwortlicher Schulz geht auf die Schule in Darfeld ein. Diese sei ein zweistöckiger Baukörper und auch in dieser Schule sei es das gleiche Problem, dass der Essensraum zu klein sei. Wenn man diesen Raum vergrößern wolle, gebe es im rückwärtigen Bereich keine Möglichkeit. Würde man nach vorne in Richtung des Schulhofes etwas anbauen, dann habe dies eine negative Auswirkung auf die Größe und das Gesamterscheinungsbild des Schulhofes. Der OGS-Bereich befinde sich in

diesem Gebäude im Obergeschoss. Der Dachraum dürfe nicht anders genutzt werden, da der Fluchtweg frei bleiben müsse. Es sei auch zu bedenken, dass es hier im Sommer sehr aufgeheizt sei.

Ausschussmitglied Lembeck berichtet, seine Fraktion habe sich nach der Besichtigung die Meinung gebildet, dass auf dem Schulhof noch sehr viel Platz sei. Man finde es vertretbar, dort einen Teil anzubauen. Die Sichtachse wäre zwar eingeschränkt, aber aus Schülersicht spreche da sicher nichts dagegen. Eine Überlegung sei auch, eventuell noch eine Terrasse zu bauen, um diesen Bereich mit zu beschatten.

Produktverantwortlicher Schulz berichtet daraufhin über die Schule in Osterwick. Er erklärt, dass sich der OGS-Bereich im ältesten Teil des Gebäudekomplexes befinde. Im Erdgeschoss seien die Klassenräume. Im Dachgeschoss gebe es auch kleinere Räume. Des Weiteren sei noch ein nicht ausgebauter Spitzboden vorhanden, der aber wegen der Dachschrägen für einen Ausbau wenig geeignet sei. Hier stehe selbst nach einem Ausbau zu wenig Raum zur Verfügung. Bezüglich des Mittagessens stehe im Übrigen die Mensa der Sekundarschule zur Verfügung.

Ausschussmitglied Gehling erkundigt sich, ob es möglich sei, kleinere Räume in größere Räume umzubauen, da dies auch die Aufsichtspflicht einfacher mache.

Produktverantwortlicher Schulz antwortet, dies werde nur zum Teil machbar sein. Insbesondere müsste die Statik hierzu überprüft werden. Vielmehr könne es eine Idee sein, die Klassenräume möglichst umfassend in die OGS-Nutzung einzubeziehen.

Ausschussmitglied Gehling sieht gravierende Probleme bezüglich der Aufsichtspflicht, wenn die OGS-Schüler*innen im Nachmittagsbereich über zu viele Räume verteilt seien.

Ausschussmitglied Fishedick fragt, wieviel Räume noch in Osterwick benötigt werden.

Bürgermeister Gottheil antwortet, dies sei schwer vorherzusehen. Es hänge von der Anzahl der Kinder ab. Bei einer normalen Klassengröße mit 25 Kindern bräuchte man für ca. 75 bis 80 Kinder drei Räume, wie es in der Grundschule in Holtwick der Fall sei. Osterwick habe etwa die gleiche Gesamtanzahl an Grundschulkindern wie auch OGS-Schüler*innen. Wenn man in Richtung hundert in der OGS zu betreuende Kinder denken müsse, dann bräuchte man wahrscheinlich vier Räume.

Ausschussmitglied Lembeck erklärt, man solle in Osterwick zunächst versuchen, über die multifunktionale Nutzung der Klassenräume eine Lösung zu finden. Der Platzbedarf müsse ermittelt werden, um festzustellen, ob man mit zwei oder drei Räumen auskomme.

Ausschussmitglied Brigitte Kreuzfeldt stellt die Frage, ob die Mensa und die dortige Küche bei einer wachsenden OGS-Inanspruchnahme noch ausreichen.

Bürgermeister Gottheil erklärt, aus heutiger Sicht seien rd. 100 Essen mehr machbar, Veränderungen seien bautechnisch auch möglich.

7 **Mitteilungen der Verwaltung**

Verwaltungsseitig werden keine Mitteilungen vorgetragen.

8 **3. Änderung der Gebührensatzung der Gemeinde Rosendahl über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Kindern an der "Offenen Ganztagschule" sowie für die Teilnahme an der Betreuungsmaßnahme "Schule von acht bis eins" in der Primarstufe** **Vorlage: X/427**

Ausschussvorsitzender Deitert verweist auf die Sitzungsvorlage X/427 und erläutert diese.

Ausschussmitglied Lembeck gibt an, in seiner Fraktion sei diskutiert worden und man habe sich gewundert über gewisse Sprünge in der Tabelle. Bei einem Gehalt von über 45.000 € als Spitzenverdiener zu gelten und dann 180 Euro zahlen zu sollen, sei aus Sicht der CDU-Fraktion unangemessen hoch.

Er teilt mit, dass die Tabelle so noch nicht im Sinne seiner Fraktion sei. Die Gebühren allerdings bei 8 bis 1 seien mit 17 € deutlich zu niedrig, da müsse etwas getan werden. Man könne sich da eine Verdopplung vorstellen.

Ausschussmitglied Brigitte Kreuzfeldt stimmt Ausschussmitglied Lembeck zu, dass alle, die über 45.000 € verdienen, das Gleiche zahlen sollen und diese Belastung als zu hoch empfunden werde. Auch die Verdopplung des bisherigen monatlichen Maximalzahlungsbetrages auf 180 € sei zu hoch.

Der Musikschulzweckverband habe eine Höchstgrenze für die Einkommensstaffelung von 75.000 €. Das sei eher real. Ihr sei des Weiteren aufgefallen, dass jene Personen, die ihr Einkommen nicht offenlegten, den Höchstbetrag zahlen. Dies würde ihre Fraktion begrüßen. Bei der Musikschule sei feststellbar, dass 68 % diesen Höchstbetrag bezahlten, weil sie ihr Einkommen nicht angeben wollten.

Ihre Fraktion sei mit den verwaltungsseitig vorgeschlagenen Anpassungen nicht einverstanden und es stelle sich ihnen die Frage, warum in den letzten zehn Jahren keine Anpassungen vorgenommen worden seien.

Ausschussmitglied Fleige-Völker kann sich für die WIR-Fraktion den Vorrednern anschließen. Eine Gebührenerhöhung sei gerechtfertigt, auch sie sei der Meinung, dass die Anpassungen schon früher hätten vorgenommen werden sollen.

Bürgermeister Gottheil antwortet, man wollte es nicht zu komplex gestalten, was die Anzahl der Einkommensstufen betreffe und sei bei den Einkommensstufen beim Status Quo wie bisher geblieben. Eine Verdopplung sehe man als gerechtfertigt an, nachdem viele Jahre nicht angepasst worden sei. Die Träger der örtlichen OGS hätten angezeigt, dass eine Erhöhung notwendig sei. Nun bräuchte man für einen vom Verwaltungsvorschlag abweichenden Beschluss einen Vorschlag.

Ausschussmitglied Gehling teilt mit, ihre Fraktion schlage vor, in 10.000 €-Schritten zu erhöhen. Die Gebühren sollten bis 20.000 € frei sein.

Ausschussmitglied Lembeck ist dafür, die Einkommensstaffelung in 5.000 €-Schritten beizubehalten.

Ausschussmitglied Konert spricht sich dafür aus, die Freistellungsgrenze etwas höher zu legen, eventuell auf 30.000 €.

Ausschussmitglied Lembeck ist der Meinung, dass es im unteren Bereich nur wenige Fälle gebe, also müsse die Grenze gar nicht unbedingt angepasst werden. Er sei dafür, es so zu belassen.

Ausschussmitglied Gehling fragt, ob die Kinder, die beitragsfrei seien, dann auch vom Essensgeld befreit seien.

Bürgermeister Gottheil antwortet, es sei bei Bürgergeld auch möglich, gewisse Leistungen zu beantragen. Bei der OGS bestehe die Möglichkeit, für das Mittagessen über Bildung- und Teilhabe (BuT) die Beiträge erstattet zu bekommen.

Ausschussmitglied Brigitte Kreuzfeldt erkundigt sich, wo die angedachten zusätzlichen Einnahmen von 61.000 € hinfließen.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass diese weiterhin für schulische Zwecke, z.B. auch für die Unterhaltung und Ausstattung von Räumen der OGS, verwendet würden.

Ausschussmitglied Gehling gibt an, sie habe sich mit einer Teamleitung einer OGS unterhalten. Diese hätte ihr mitgeteilt, dass man Personalprobleme habe und nur den Mindestlohn zahlen könne, da Elternbeiträge nicht vollständig an den Träger weitergeleitet würden.

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Verträge mit den Trägern der OGS. Auf die Höhe der Löhne habe die Höhe der Gebühren keinen unmittelbaren Einfluss. Es sei derzeit nicht geplant, die nach der Beitragsanpassung voraussichtlich erzielten Mehrerlöse in vollem Umfang an die OGS-Träger weiterzuleiten.

Ausschussvorsitzender Deitert formuliert folgenden Beschluss:

Der vorliegender Beschlussvorschlag wird angenommen, aber um folgende Punkte ergänzt und erweitert: Die vorgeschlagene Elternbeitragstabelle wird erweitert um die Einkommensgrenzen 50.000 €, 55.000 €, 60.000 € und 65.000 €. Die Sätze sollen beginnen im Bereich 0,00 € bis zur Einkommensgrenze von 20.000 € und in 20-er Schritten ansteigen bis auf 180 € im Bereich von einem Jahreseinkommen von 65.000 € oder mehr.

Die Elternbeiträge für die Teilnahme am Betreuungsangebot Schule von 8 bis 1 werden erhöht auf 35 €, ein ermäßigter Beitrag für Empfänger von SGB II/Bürgergeld/SGB XII wird auf 17,50 € festgesetzt.

Für das Schuljahr 2026/2027 soll über die Beitragssätze erneut entschieden werden.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag**:

Die der Sitzungsvorlage Nr. X/427 als Anlage II beigefügte 3. Änderungssatzung zur Gebührensatzung der Gemeinde Rosendahl für die Teilnahme von Kindern an der „Offenen Ganztagschule“ sowie für die Teilnahme an der Betreuungsmaßnahme „Schule von acht bis eins“ in der Primarstufe wird unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen beschlossen:

Einkommensgrenze	Beitrag je Kind	(alt)
bis 20.000 €/ jährlich	0,00 €/mtl.	0,00 €/mtl.
bis 25.000 €/ jährlich	20,00 €/mtl.	10,00 €/mtl.
bis 30.000 €/ jährlich	40,00 €/mtl.	20,00 €/mtl.
bis 35.000 €/ jährlich	60,00 €/mtl.	30,00 €/mtl.
bis 40.000 €/ jährlich	80,00 €/mtl.	50,00 €/mtl.
bis 45.000 €/ jährlich	100,00 €/mtl.	70,00 €/mtl.
bis 50.000 €/ jährlich	120,00 €/mtl.	90,00 €/mtl.
bis 55.000 €/ jährlich	140,00 €/mtl.	90,00 €/mtl.
bis 60.000 €/ jährlich	160,00 €/mtl.	90,00 €/mtl.
bis 65.000 € und mehr/jährlich	180,00 €/mtl.	90,00 €/mtl.

Die Elternbeiträge für die Teilnahme am Betreuungsangebot Schule von 8 bis 1 werden von ursprünglich 17 € erhöht auf 35 €, ermäßigter Beitrag für Empfänger von SGB II/Bürgergeld/SGB XII auf 17,50 €.

Für das Schuljahr 2026/2027 soll über die Beitragssätze erneut entschieden werden.

Eine Ausfertigung der Satzung ist dem Originalprotokoll als Anlage beizufügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9 Mitteilungen der Schulleitungen

Es liegen keine Mitteilungen der Schulleitungen vor.

10 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)

10.1 Höhe der OGS-Zuschüsse - Frau Witte

Monika Witte, Leiterin der OGS in Holtwick, stellt die Frage, ob der gemeindliche Zuschuss zur OGS steige, wenn die Gebühren erhöht würden.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass die Gebühren unabhängig zu sehen seien vom Zuschuss der Gemeinde an die OGS. Letzteres sei vertraglich mit den jeweiligen Trägern der OGS geregelt. Derzeit sei keine vollständige Weiterleitung des erzielten höheren Gebührenaufkommens an die Träger geplant.

Die Gemeinde leite die Landeszuwendung für die OGS an die Träger weiter und ergänze die Zahlungen durch den zusätzlichen Eigenanteil der Gemeinde.

11 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO (2. Teil)

11.1 Anmeldezahlen Osterwicker Grundschule - Frau Fleige-Völker

Ausschussmitglied Fleige-Völker erklärt, sie habe die Info erhalten, dass es für die Osterwicker Grundschule 57 Anmeldungen gebe.

Fachbereichsleiterin Roters antwortet, ihres Wissens seien bislang von der Schulleitung 57 Gespräche geführt worden und weitere Gespräche stünden noch aus. Die Anmeldungen liefen noch, sodass endgültige Zahlen seitens der Schulleitung noch nicht mitgeteilt werden konnten.

11.2 Migrationsanteil in Grundschulen - Frau Gehling

Ausschussmitglied Gehling erkundigt sich, wie hoch der Migrationsanteil in den Grundschulen sei.

Bürgermeister Gottheil antwortet, dass er dies nicht beantworten könne. Hier sei eine Nachfrage bei den Schulleitungen, die aber an diesem Abend nicht anwesend seien, nötig.

Frederik Deitert
Ausschussvorsitzender

Diana Schöberle
Schriftführer